

RESOLUTION DES IS ÜBER DIE LEHREN DES 10. NOV.
DIE WAHLEN IN FRANKREICH UND ITALIEN.

Die Wahlen in das französische Parlament und die Gemeindewahlen in Italien, welche am 10.11.46 stattfanden, offenbarten eine allgemeine Richtung der Entwicklung der Lage in diesen Ländern.

Die Mittelparteien haben eine weitere Einschränkung ihres Einflusses erfahren zum Vorteil eines Zustroms zu den politischen Parteien der Äußersten Linken und Äußersten Rechten.

Der Rückschlag der SP in den beiden Ländern ist schärfer geworden, besonders in Frankreich, während die neuen katholischen Parteien, die MRP in Frankreich und die Christlichen Demokraten in Italien ebenfalls einen verhältnismäßigen Rückschlag erlitten, deutlicher in Italien als in Frankreich.

In beiden Ländern wurden bedeutende Gewinne der Äußersten Rechten Flügelparteien verzeichnet wie der PHL und der Gaullistischen Union in Frankreich und der neofaschistischen Uomo Qualunque-Bewegung sowohl als auch der Monarchisten in Italien auf Kosten der Sozialisten und mehr noch der Christlichen Demokraten. Auf der anderen Seite haben die KP einen neuen Fortschritt zu verzeichnen in beiden Ländern, wahrscheinlich auffallender in Italien als in Frankreich, und sie haben aufgeholt, wenigstens auf dem parlamentarischen Gebiet, den Einfluß, den sie kürzlich im Gebiet der arbeitenden Klasse zu verlieren schienen.

Dieser Gewinn der KPen wurde hauptsächlich auf Kosten der SPen erlangt. In beiden Ländern war die Anzahl der Stimmenthaltungen recht hoch im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen, besonders in Italien, wo sie in gewissen südlichen Städten annähernd drei Viertel aller verzeichneten Wähler erreichte.

Die Hauptlehre dieser Wahlen ist die Beschleunigung der politischen Entwicklung in diesen Ländern durch eine gleichzeitige Wiederverstärkung der Äußersten Linken, noch vertreten für die Massen durch die KPen, und der Äußersten Rechten, während keine wesentliche Menge von Leuten, unzufrieden mit der unfähigen Politik der Koalitionregierung wahrscheinlich zur Schichte der Kleinbürger zu zählen ist. Sie verfolgt eine abwartende Politik und ist empfänglich für den Gedanken, ihr Gewicht auf die Waagschale einer außerparlamentarischen Sammlung der Kräfte des rechten Flügels zu werfen.

Die Spaltung in die Äußersten Gegensätze geht in beiden Ländern, wenn auch noch langsam, in Hinblick auf die Tatsache, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Lage weiterhin unsicher bleibt und sich in mancher Hinsicht noch verschlechtert und in Hinblick auf die Tatsache, daß die Koalitionregierung, an welcher sich die beiden herkömmlichen Arbeiterparteien beteiligt haben, für diese Lage als verantwortlich angesehen werden von den ungeduldigsten Teilen der Massen.

In Frankreich erkennen wir wieder eine verworrene Ernährungslage, die Gefahr des finanziellen Bankrotts, ein neues Ansteigen der Lebenskosten und ein Herabmindern der wirtschaftlichen Wiederbelebung, verursacht durch die Kohlenkrise.

In Italien sind dieselben Ursachen erschwert durch das Vorhandensein von Arbeitslosenmassen ohne Aussicht auf eine baldige Verringerung.

Die Rechte gewinnt in beiden Ländern durch das Ausnutzen der offenbaren Unfähigkeit der Koalitionregierungen und sammelt ihre Kräfte für eine außerparlamentarische Tätigkeit.

Die KPen machen Fortschritte besonders durch die Auflösungserscheinungen der SPen und die Sammlung der Kräfte der Arbeiterklasse unter ihrer Fahne bildet vom Gesichtspunkt der Bewegungsgesetze der ~~aktuellsten~~ Klassenkampfes auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe eine wichtigere Bedingung als die gleichlaufende Wiederverstärkung der Rechten. Trotz dem reformistischen Programm der KPen bildet die Ausrichtung der Massen auf sie nichtdestoweniger ein Zeichen der Radikalisierung der letzteren im Vergleich mit ihrer vergangenen Abhängigkeit gegenüber den SPen. Das Wahlergebnis für die KPen bedeu-

ist nicht notwendig gewachsenes Vertrauen der Massen in diese Parteien noch eine wirkliche Verstärkung ihres Einflusses auf das Proletariat. Es ist möglich, und wir sehen das an ~~Vergleichsbeispiel~~ Beispiel der Ungleichheit, welche zwischen dem Wahleinfluß der Sozialdemokratie und ihrem wahren Einfluß auf die Massen in der Vergangenheit besteht, daß dieselben Arbeiter, welche mehr und mehr zweifelnd und sogar ergebnislos werden in Hinsicht auf die revolutionären Merkmale der stalinistischen Führerschaft, bei den Wahlen für die KP stimmten, weil sie in ihr die äußerste Partei am Wahlisch sehen (the most extreme party on the electoral chequer-board), gegen welche die Reaktion ihr ganzes Feuer zu sammeln scheint. Andererseits ist es unvermeidlich, daß wenigstens ein Teil der Massen, welche die SP verlassen haben, sich auf der Wahllebene (electoral plan) den KPen zuwenden, weil die letzteren mehr treibend und mehr gründlich zu sein scheinen im Vergleich mit der Ruhe der Sozialdemokratie und weil die Erfahrung der Massen mit dem Stalinismus nicht gemacht werden kann durch einen unmittelbaren Durchgang durch die Reihen der revolutionären Partei (by an immediate passage into the ranks of the r. p.).

Das vorherrschende Merkmal der Wahlen in Frankreich und Italien ist die Neigung, die Mittelparteien zu spalten zu Gunsten der einander entgegengesetzten, und bei einer solchen Entwicklung ist es unvermeidlich, daß die kommunistischen Parteien imstande sein werden, bei diesem Ablauf Nutzen zu ziehen.

Die Durchgangsbewegung (by-passing) der Massen durch die KPen kann sich nur zeigen auf der Wahllebene nach einer Reihe von außerparlamentarischen Kämpfen, in welchen die Erfahrung der Massen reifer wird und nur wenn eine unverfälschte, wahre revolutionäre Partei besteht, welche durch ihre beherrschende Arbeit in den Gewerkschaften, in den Massen und durch ihre Teilnahme an den Kämpfen das Vertrauen bedeutender Gruppen der Arbeiter erworben hat. Wir sind erst am Anfang der Verwirklichung solcher Verhältnisse.

Die Politik der französischen PCI.

Die Ergebnisse, welche von unserer französischen Sektion in ihrem dritten Wahlgang gewonnen wurden, bilden einen verhältnismäßigen Erfolg. Die in einigen Gebieten verzeichneten Rückschläge spiegeln außer dem Druck, der durch die bloße Bedeutung der Wahlen, welche die Zusammensetzung des Parlaments für fünf Jahre entscheiden, ausgeübt wurde, auf diese schwankenden Elemente, welche, durchdrungen von der parlamentarischen Täuschung, bei den früheren Wahlen für ihre Liste stimmten, das Fehlen beharrlicher Parteiarbeit in diesen Gebieten, in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in den Massen. Neue Gewinne wurden jedoch zustandegebracht in anderen Gebieten und die 14.000 Stimmen, gewonnen in den Arbeitervierteln Seine-et-Oise sind ein bezeichnender Beweis des weiten Rückfalls, welchen unsere revolutionären Grundsätze in den Reihen des Proletariats finden können.

Die Feststellung des PB der PCI vom 19.11.46 unterstreicht richtig, daß "nur durch hartnäckige Arbeit während einer entsprechenden Zeitspanne die revolutionäre Vorhut ihre Kräfte versichern und das Vertrauen der Arbeiter ~~erwerben~~, der ~~Landarbeiter~~ und des kleinen Volkes (Lente)(little people) ~~erwerben~~ kann". Aber es ist auch wichtig zu unterstreichen, daß die Art der Grundsätze und ihrer Anwendung auf die gegenwärtige Stufe die revolutionäre Eigenschaft unserer Arbeit und die Zeit unserer Entwicklung im Gewinnen der fortgeschrittensten Arbeiter aus dem allgemeinen Strom der Radikalisierung innerhalb des Proletariats entscheiden kann. Unsere Beteiligung an parlamentarischen Wahlen dient uns vor allem, vor den Massen die Gesamtheit unserer revolutionären Grundsätze und nicht bloß einen beschränkten Ausschnitt davon zu entfalten, einschließlich unmittelbarer Forderungen wirtschaftlicher und politischer Art. Von diesem Standpunkt aus hat die Neigung, unser Programm auf eine Reihe von wirtschaftlichen, demokratischen und Übergangsforderungen herabzumindern, was im ganzen Wahlkampf der Partei zu beobachten war, die ungenügende Bedeutung, welche der Stellung der Partei gegeben wurde und oft ihr

vollständiges Fehlen auf unserem Wahlstandpunkt, dem politischen Problem und der Frage der Regierung, vor allem die furchtsame Kritik gegenüber den verräterischen Arbeiterparteien, besonders über die Stalinpartei und vor allem die Verwirrung, welche verbreitet wurde durch den Brief an diese Parteien mit dem Vorschlag, unsere Listen zurückzuziehen, falls sie umgekehrt eine Liste zu unserem Gunsten zurückziehen, haben dem ganzen Sinn unserer Teilnahme am Wahlkampf und das revolutionäre Gepräge unserer Grundsätze, welche denen der herkömmlichen Arbeiterparteien von Grund aus entgegengesetzt sind, verdreht.

Durch ihr bloßes Wesen stellen die parlamentarischen Wahlen die Frage der Gesamtheit der politischen Grundsätze jeder Partei und noch mehr ihrer Stellung betreffs der Frage der Regierung. Es ist unsulzig für eine revolutionäre Partei, die Neigung zu zeigen, ihr Wahlprogramm nur wegen augenblicklicher politischer und wirtschaftlicher Teilforderungen zu unterdrücken und nicht zu erwähnen, wenn auch nur flüchtig, ihre Stellung zur Frage der Regierung, wie das der Fall war in der Nummer 148 der "Verité", welche unmittelbar vor den Wahlen die Gründe darstellte, aus denen der Arbeiter für die PCI stimmen sollte. Statt einer festen Stellungnahme bezüglich dieser Frage, welche die Summe unserer Forderungen gekrönt hätte, wurde die entgegengesetzte Fassung benützt in den folgenden Ausprüchen der "Verité", welche den Wahlen vorausging:

- Regierung der Arbeiterparteien;
- Arbeiter- und Bauernregierung im Sinne der Diktatur des Proletariats;
- Aufforderung an die traditionellen Arbeiterparteien, in parlamentarische Opposition zu gehen.

Das einzige Schlagwort, welches nicht benützt wurde war die überlieferte Forderung, ausdrücklich in unser Übergangsprogramm aufgenommen und gerichtet an die traditionellen Parteien, "die Koalition zu knicken lösen", die Macht zu ergreifen und ein unverfälschtes Mindestprogramm der Arbeiter zu gebrauchen.

Diese Unterlassung ist besonders heute nach den Wahlen fühlbar, wenn die Stalinpartei demagogisch die EP anspricht und sie erinnert, daß beide Parteien zusammen mit den wenigen Moslem-Abgeordneten im Parlament eine Mehrheit von einer Stimme haben.

Während des gesamten Wahlkampfes, so wie jetzt, war die Kritik der PCI gegenüber den traditionellen Parteien und besonders den Stalinisten durchdrungen von einem verächtlichen Geist, ausgehend von der falschen Vorstellung über den Weg, die Arbeiter-Einheitsfront zu gewinnen durch die Lösung, "der Reaktion den Weg zu verstopfen".

Diese Vorstellung ist besonders stark in den an diese Parteien gerichteten Brief, der ihnen eine Einheitsfront ~~zurücklegt~~ bei der Wahl vorschlägt ohne irgend eine Anspielung auf die Grundsätze dieser Einheitsfront. ~~Wiederum~~ Eine Wahl-Einheitsfront mit anderen Parteien, welche für sich beansprucht, die Arbeiterklasse zu vertreten, kann nur errichtet werden auf der Basis eines allgemeinen Mindestprogramms von antikapitalistischen Forderungen und der Aktion. Die beiden Parteien, welche die PCI ansprach, übten eine Politik der Zusammenarbeit der Klassen, welche einen solchen Vorschlag nicht rechtfertigte.

Unser Rückzug zu ihren Gunsten konnte bei den Massen keine andere Anlegung finden, besonders bei den Elementen, welche zögerten und welche wir bestrebt waren für unsere Sache zu gewinnen, als daß die Unterschiede zwischen uns und den anderen Parteien nicht von grundsätzlicher Art und daß das Stimmen für sie keineswegs ein Mittel war, "den Weg der Reaktion zu verstopfen".

Andrerseits war es unsere Aufgabe, unbarmherzig Mißtrauen zu erwecken bei den Massen gegen diese Parteien, in denen wir mit Tatsachen ihre verräterische und überläuferische Politik erweisen; die Argumente der Spaltung zu widerlegen durch das Aufzeigen der reformistischen Art ihrer Politik, welche die Massen an die Bourgeoisie bindet und auf unseren Wunsch zu bestehen, zu ihnen zu halten, nicht wenn sie die Arbeiterklasse betrügen, sondern wenn sie zeigen, daß sie bereit sind, unverfälscht antikapitalistische Aktionen zu unternehmen. Statt dessen

erschien unsere Politik als die schlechteste Art eines Wahl-Pferdehandels und konnte auf keine Fall als Beweis unseres Wunsches dienen, die Stimmen nicht zu teilen.

Das IS betrachtet es als notwendig für das ZK und die Gesamtheit der französischen Partei, die von ihrer Leitung während des Wahlkampfes angenommene Politik und den Weg, welchen sie seither eingeschlagen haben, (ein Weg, welcher der Ansicht des IS nach mit opportunistischen Irrtümern und Gefahren behaftet ist), ernst zu erörtern.

November 1946

ANHANG ZUR RESOLUTION DES IS ZUR WAHLARBEIT DER FRANZ. PCI

Die IS-Resolution vom 22.11.46 betreffend den von der PCI an die KP und SP gerichteten Brief wurde von der Mehrheit der PCI irrig, falsch und die Taktik der Einheitsfront bei der Wahlarbeit annehmend (assimilating) ausgelegt. Da diese irrtümliche Auslegung Verwirrung bei der Erörterung verursacht hat, sind folgende Zusammenfassungen notwendig:

Die PCI begründete ihren Vorschlag eines Wahlübereinkommens mit der Absicht, die Errichtung einer Art Einheitsfront mit diesen Parteien im Auge gehabt zu haben, um "den Weg der Reaktion zu verperren".

Die Resolution des IS stellt richtig fest, das Einheitsfrontverträge begründet sein müssen auf sachlichen (fatschen?) ~~objektiven~~ (objectives) oder Mindestprogrammen für die vereinigte Aktion. Das war nicht der Fall bei den von der KP und SP gemachten Vorschlägen.

Aber der Ausschluß von Vorschlägen einer Einheitsfront ohne Mindestprogramm der vereinigten Aktion bedeutet noch nicht den Ausschluß jeder Art von Wahlübereinkommen noch von Rückzügen. Die revolutionäre Partei kann zeitweise freiwillig zurücktreten zu Gunsten von Vertretern der Parteien, welche die Arbeiterklasse in Anspruch nehmen oder vertreten (claiming or represent the working class), wie zum Beispiel in dem Fall, wo Schwäche den Vorschlag einer eigenen Liste nicht erlaubt oder wenn sie ihren Vorteil in der Unterstützung eines Schrittes vorwärts auf der Straße zur unabhängigen Arbeiterklasse sieht durch politische Aktion oder wenn es eine Sache der Bekämpfung einer bürgerlichen Kandidatur (bei einer Stimmwahl) bei einem zweiten Wahlgang ist durch das Unterstützen des bevorzugten Arbeitervertreters. Übereinkommen sind auch möglich mit anderen Arbeiterparteien, wie z.B. Vorschläge für die Abhaltung demokratischer Arbeiterversammlungen, um über eine verhältnismäßige Vertretung für jede Arbeiterpartei bei den Wahlen zu beschließen.

Aber in allen solchen Fällen, ob es eine Sache freiwilligen Rücktritts oder Übereinkommens ist, die revolutionäre Partei trägt keine Verantwortung für das Programm dieser Parteien oder ihrer Vertreter, es schwächt die Kritik nicht im mindesten ein; es läßt nicht die geringste Verwirrung über die Bedeutung eines solchen Zurücktretens oder Übereinkommens zu; sie läßt keine Täuschung über die verräterische Art solcher Vertreter und Parteien ~~keine Täuschung über die verräterische Art~~ zu, die sie kritisch bei den Wahlen unterstützt; sie schließt solche Übereinkommen nur auf Zeit und unter Voraussetzungen, welche der Entwicklung der politischen Erfahrung der Massen dienen. Im Falle der PCI und ihres Briefes waren diese Voraussetzungen ganz andere.

Die beiden traditionellen Parteien haben keine Aktion weg von der Politik der Klassenzusammenarbeit unternommen, sondern waren im Gegenteil mehr mit ihr verwickelt als je. Was war es wirklich, das diesen Brief verursachte? Der Wunsch, der Anklage, daß wir mit unseren Listen das Proletariat spalten, zu entgegnen; ein Beweismittel, das geeignet war, einen Widerhall unter der Arbeiterklasse zu wecken. Was hätte die Antwort der PCI sein müssen?

Zuerst war ihre Pflicht ein Gegenangriff durch politisches Erwidern der Anklage der Spaltung der Arbeiterklasse; durch das Aufzeigen, daß die wirklichen Zerstörer der Einheit des Proletariats diejenigen waren

welche keine antikapitalistische Aktion hegten und sie in politische Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verwickelten. Weiters darauf hinzuweisen, daß mit unserer ungeschmälerten Politik, gipfelnd in der Forderung einer unverfälschten Arbeiter- (SP-KP-CGT-) Regierung wir die wahren Verteidiger der proletarischen Einheit wären. Bei diesen hauptsächlich Kampfvorschlägen für ein Wahlübereinkommen dürfte z.B. nicht fehlen ein solcher Vorschlag wie die Frage unserer Wahllisten Konferenzen von ~~xxxxxxx~~ gewählten Arbeitervertretern zu unterwerfen, welche entscheiden konnten über unsere verhältnismäßige Vertretung auf vereinigten Arbeiterlisten, wobei jede Partei ihr eigenes Programm vollständig verteidigt und das volle Recht der Kritik an den anderen Parteien behält.

Unser Widerstand gegen den Brief der PCI betrifft seinen Inhalt und nicht den Vorschlag als solchen. Was war schlecht an diesem Brief?

Vor allem die Tatsache, daß er, ohne Politik oder Programm zu erwähnen, von der Einheit der Arbeiterparteien als einem Mittel, um "die Straße der Reaktion zu sperrn", spricht.

Das konnte nur die Täuschungen über die Eigenschaften dieser Parteien und die Mittel, sie wirklich zum Kampf gegen die Reaktion zu zwingen, verstärken, Täuschungen, welche unter den Massen zu zerstören unsere Pflicht ist.

Zweitens der einzige greifbare Vorschlag, der gemacht wurde, um die "Einheit" zu erlangen bestand im Zurückziehen aller unserer Listen außer einer, im Falle sich die Parteien dazu verstanden, diese eine Liste zu unterstützen.

So geben wir den Anschein, als ob wir die ganze Frage der Einheit auf die Grundlage eines Handels stellten, um mittels diesem einen Sitz im Parlament zu erlangen.

Fern davon, die Anklage gegen die Zersplitterung der Stimmen dadurch zu bekämpfen, begünstigte dieser Vorschlag diese und erweckte gleichzeitig den Verdacht unter den fortgeschrittenen vom parlamentarischen Opportunismus der traditionellen Parteien angewiderten Arbeiter, daß wir von diesen Parteien nicht verschieden seien und daß wir wie diese am Wahlgeschäft beteiligt seien.

Es ist notwendig, zu all diesem hinzuzufügen, daß gegenwärtig unsere Hauptaufgabe noch propagandistischer Art ist, sogar da wo wir anfangen, die Massen unmittelbar anzusprechen. Unsere Teilnahme an den Wahlen hat als ihr Hauptziel, unsere Grundsätze einer möglichst großen Anzahl von Arbeitern bekannt zu machen.

Von einem ~~xxxxxxxxxxxx~~ realistischen Gesichtspunkt: sich in Wahlbündnissen einlassen setzt schon eine Partei mit fester und beständiger Unterlage voraus, gestützt nicht nur auf Grundsätze, sondern auch auf das Vertrauen, welches die Arbeiter in einer Reihe von Aktionen mit der Partei gewonnen haben. Das ist noch nicht der Fall mit der PCI, welche eine junge Partei ist, welche sich noch nicht eine feste Grundlage geschaffen hat.

Ihre Hauptaufgabe ist, den Arbeitern ihren prinzipiellen Charakter ihrer Taktik und ihre Aktivität im Gegensatz zu dem opportunistischen Charakter der traditionellen Parteien zu beweisen, und das ist der grundlegende Unterschied zu diesen Parteien.

In dieser Beleuchtung erscheint der Irrtum, der von der PCI in ihren Wahlvorschlägen begangen wurde, besonders gefährlich.

Unsere breite Teilnahme an der französischen Wahlkampagne hat die Aufmerksamkeit aller fortgeschrittenen Arbeiter der 4. Internationale auf die PCI konzentriert. Dadurch wird die Aktion der PCI nicht allein für die französischen Kämpfer, sondern für die Kämpfer der ganzen Internationale wichtig. Das IS ist folglich pflichtgebunden, seine Antwort auf diese Frage auszudrücken, daß es den begangenen Irrtum als gefährlichen Opportunismus betrachtet und daß es eine internationale Diskussion beginnen und eröffnen wird, welche durchgeführt werden muß, um die Klärung zu vervollständigen.